

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 83

WEITERE THEMEN IN DIESER
AUSGABE:

| | |
|------------------------------|---|
| Kahlschlag für Soziale Stadt | 2 |
| Die Fakten zum „Sparpaket“ | 2 |
| Das unsoziale „Sparpaket“ | 3 |
| Persönlich gesehen | 4 |

Starke Infrastruktur für die Region

Im Verkehrshaushalt drohen aktuell Einsparungen. Es findet zudem die Überarbeitung der **Bedarfsplanung für Fernstraßen** statt. Langfristig steht die Erstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplans an.

Ich habe mich deswegen an alle Bürgermeister in Stadt und Landkreis Rosenheim gewandt, um deren Forderungen nach aktuell oder langfristig notwendigen Verkehrsprojekten abzufragen. Die Rückmeldung war zahlreich. Ich habe diese Projekte bereits dem **Bundesverkehrsministerium** sowie dem neuen SPD-Landesgruppenvorsitzenden und verkehrspolitischen Sprecher **Martin Burkert** schriftlich vorgestellt und für deren Unterstützung geworben.

Die wichtigsten Forderungen sind die Finanzierung des **Ausbau der A 8 mit Grünbrücken** für Frasdorf und Achenmühle, der **Rosenheimer Westtangente** (B 15), **besserer Lärmschutz für das Inntal**, die Aufnahme der **Ortsumfahrung Lengdorf/Rott am Inn** in den Bundesverkehrswegeplan, die **Ortsumfahrung Forsting** und der **Erhalt der Bahnhöfe in der Region**.

Schwarz-Gelbes Gesundheitschaos

Die neue Bundesregierung kann es nicht! Nachdem CDU, CSU und FDP sich monatelang gegenseitig als „Gurkentruppe“, „Wildsau“ und „Rumpelstilzchen“ beschimpft haben, hat Schwarz-Gelb nun den Entwurf für eine Gesundheitsreform vorgelegt. Das Ergebnis ist ein erschreckendes Armutszeugnis.

Das Ergebnis lässt sich schnell zusammenfassen: Schamloses Abkassieren bei den Versicherten, keinerlei Strukturreformen zur Kostensenkung und ein Haufen neuer Bürokratie. Das Wahlversprechen von CSU und FDP - den Arbeitnehmern mehr Netto vom Bruttolohn zu lassen - wird gebrochen. Obendrauf markiert die Reform - mit Unterstützung der CSU - den **Einstieg in unsoziale Kopfpauschalen**.

Der **Beitragssatz für Versicherte** (Arbeitnehmer und Rentner) soll um 0,3 Prozentpunkte steigen, ebenso der Beitrag für die Arbeitgeber.

Obendrauf sollen die Zusatzbeiträge zur Kopfpauschale weiterentwickelt werden. Zusatzbeiträge dürfen künftig nur noch als fester Betrag - also Kopfpauschale - und nicht mehr abhängig vom Einkommen von den Krankenkassen verlangt werden. Das schwarz-gelbe Modell sieht vor, dass Zusatzbeiträge keine Ausnahme bleiben.

Sie sollen flächendeckend eingeführt werden. **Alle zukünftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sollen ab jetzt über die Kopfpauschalen finanziert werden, die dann jährlich immer höher werden.** Der Arbeitgeberbeitrag wird dagegen eingefroren.

Die Versicherten werden also mit allen kommenden Kostensteigerungen **komplett allein gelassen**. Die Koalition lässt zudem die Kosten rasant steigen, weil sie die **zahlreichen Lobbys im Gesundheitswesen** - im Gegensatz zu den Versicherten - schonen will. Die bisherigen „Sparvorschläge“ sind vor allem Luftbuchungen.

Einen wirklichen **Sozialausgleich** für kleine Einkommen soll es nicht geben. Auch kleine Einkommen sollen bis zu 2 Prozent ihres Bruttoeinkommens für Kopfpauschalen hergeben. Nur eine Gruppe bleibt außen vor: **Privat Versicherte**. Diese will Schwarz-Gelb schonen.

SPD-Betriebsrätekonferenz 2010

Alols Weiß aus Flintsbach (Bild) und weitere Betriebsräte aus der Region und meinen Betreuungswahlkreisen waren zu Gast bei der SPD-Betriebsrätekonferenz in Berlin und trafen u.a. auf Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier.



Jugend und Parlament 2010**Die Fakten zum „Sparpaket“**

Die 17-jährige Schülerin **Tanja Hackenbroich aus Raubling** (Foto) war auf meine Einladung hin für die mehrtägige Veranstaltung „Jugend und Parlament“ in Berlin zu Gast. Das Planspiel leistet einen Beitrag, den Weg der Gesetzgebung für Jugendliche nachvollziehbar zu machen. Dabei erleben sie den Gesetzgebungsprozess hautnah.

Sozialer Stadt droht Kahlschlag

Bundesbauminister Ramsauer (CSU) hat angekündigt, die **Städtebauförderung insgesamt um die Hälfte zu kürzen!** Betroffen wären Programme wie „Soziale Stadt“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Altersgerecht umbauen“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“ sowie „Stadtumbau West“.

In 2009 haben Stadt und Landkreis Rosenheim mit insgesamt 3,7 Mio. Euro aus diesen Förderprogrammen profitiert. Hinzu kommt, dass 1 Euro Städtebauförderung 8,50 Euro an Investitionen zugunsten des Handwerks und der Bauwirtschaft in der Region auslöst. Diese dürften nun teilweise wegfallen. **Schwarz-Gelb spart damit an Investitionen und Arbeitsplätzen.**

Im Haushaltsentwurf 2011 ist jetzt sogar von „Abwicklung“ der genannten Programme die Rede! Ramsauer will die halbierte Förderung offenbar pauschal an die Länder geben. Das könnte das Ende für einige der Programme bedeuten. **Die SPD protestiert gegen seine Pläne, die Jahrzehnte erfolgreicher Baupolitik und Städtebauförderung über Nacht zerschlagen würden.**

Arbeitsmarktpolitik

Schwarz-Gelb will **2 Mrd. Euro** in 2011 bei der Arbeitsvermittlung sparen. Dazu sollen u.a. bisherige Rechtsansprüche zu Ermessensleistungen herabgestuft werden. Arbeitsagenturen entscheiden dann **nach Kassenlage und Ermessen.** Dies könnte auch **Wiederengliederungsmaßnahmen für Schwerbehinderte** oder den Rechtsanspruch auf Nachholung des **Hauptschulabschlusses** betreffen.

Kürzungen sind auch bei **Weiterbildung und Qualifizierung für Arbeitslose** zu erwarten. In 2012 sollen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik 4 Mrd. Euro gespart werden, ab 2014 **8 Mrd. Euro.**

Heizkostenzuschuss

Mit der Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger (40 Prozent davon sind Rentner) will die Bundesregierung **100 Mio. Euro** im Jahr sparen. **Die Mittel für das Wohngeld sollen um 40% (300 Mio. Euro) sinken.**

Rente für Arbeitslose

Mit der Streichung des Zuschusses an die Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Empfänger will die Bundesregierung **1,8 Mrd. Euro** im Jahr sparen.

Elterngeld

Die Bundesregierung will beim Elterngeld **600 Mio. Euro** im Jahr sparen. 400 Mio. Euro bei Arbeitslosengeld-II-Empfängern, 200 Mio. Euro durch Kürzungen für mittlere Einkommen.

Übergangsgeld

Mit der Streichung des Zuschusses für Arbeitslose zur Abfederung beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum ALG II will die Bundesregierung **200 Mio. Euro** im Jahr sparen.

Bund

Bei der **Bundeswehr** sollen ab 2013 **2 Mrd. Euro** im Jahr gespart werden, bei den **Beamten** sollen 10.000 Stellen wegfallen - das könnte auch die Bundespolizei betreffen. Die Erhöhung des Weihnachtsgeldes entfällt.



Zu **Besuch in Berlin** zum politischen Gespräch kam die 9. Klasse der Förderschule Rosenheim und diskutierte mit mir u.a. zu Staatsverschuldung.

Das „Sparpaket“ - eine unsoziale Mogelpackung

„Sparpaket“ = unsozial

Die Einsparungen sollen komplett von Arbeitslosen, Familien, Rentnern und kleinen Einkommen geleistet werden. **Hohe Einkommen und Vermögen müssen gar keinen Beitrag leisten**, der Finanzmarkt - immerhin Auslöser der Krise - soll ebenfalls weitgehend unbehelligt bleiben.

„Sparpaket“ = widersinnig
Viele der Vorschläge sind nicht durchdacht. So führen die Kürzungen in der **Arbeitsmarktpolitik** zu geringeren Chancen für Arbeitslose sowie steigender Arbeitslosigkeit und neuen Kosten.

Die Streichung der ohnehin kleinen **Rentenbeiträge für Arbeitslosengeld II-Empfänger** erhöht Altersarmut. Sie spart auch kein Geld, weil die Betroffenen im Alter verstärkt in die Grundsicherung fallen, die von den Kommunen gezahlt wird. Der **Rentenversicherung** fehlt das Geld sofort. Die Folge: Höhere Beiträge, Rentenkürzung oder ein höherer Steuerzuschuss vom Bund.

Sowohl unsozial als auch unlogisch ist es, das **Elterngeld** für Arbeitslose zu streichen, es aber der ebenfalls nicht erwerbstätigen MillionärsGattin zu belassen. Es ist **familienpolitisches Chaos**, das Kindergeld zu erhöhen, dann das Elterngeld zu kürzen!

„Sparpaket“ = Mogelpackung

Allein die **Geschenke von Schwarz-Gelb nach der Bundestagswahl** für Erben, Hotels und Unternehmen („Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) kosten **bis 2014 rund 40 Mrd. Euro**. Das „Sparpaket“ will **bis 2014 rund 53 Mrd. Euro sparen**.

Die Kürzungen für die Schwächsten der Gesellschaft sind die Gegenfinanzierung für die Lobbypolitik der Bundesregierung!

Was schlägt die SPD vor?

Unsere wichtigste Forderung ist die **Beteiligung der Spekulanten an den Krisenkosten**: Am besten eine Finanztransaktionssteuer auf **Internationaler**, wenn das nicht geht, dann auf **europäischer Ebene**. Wenn das am Widerstand der anderen Länder scheitert, dann eine **nationale Lösung**, wie die Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild. Schwarz-Gelb lehnt das ab.

Weitere Vorschläge: Rücknahme der Lobby-Geschenke des **„Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“**, Einführung des **gesetzlichen Mindestlohnes**, der die staatliche Aufstockung von Dumpinglöhnen bremst, sowie eine Ausweitung der **Reichensteuer**, um hohe Einkommen & Vermögen zu beteiligen.

Besuche im Wahlkreis

In **Kolbermoor** besuchte ich - im Rahmen des Programms **„Parlamentarier treffen Ingenieure“** das Ingenieurbüro Fritsch GmbH, das u.a. in der Tragwerks- und Objektplanung für den Brückenbau sowie dem Hochwasserschutz tätig ist, zum Austausch zwischen Politik und Praxisvertretern. (Foto unten)



Beim Besuch bei der **Agentur für Arbeit** informierte ich mich mit **Marla Nolchl** MdL, Stadträtin **Ellsabeth Jordan** und **Angelika Rösner** bei Leiter **Harald Neubauer**. Themen waren u.a. die berufliche Situation von Frauen sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. (Foto unten)



„Sparpaket“: Absichtserklärungen zu neuen Abgaben

Mehr als ein Drittel des „Sparpakets“ soll durch höhere Abgaben erzielt werden. Die **Banken** sollen sich mit 2 Mrd. Euro im Jahr beteiligen - aber erst ab 2012 und ohne Hinweis, wie die Beteiligung aussehen soll. Die Befreiung von der **Ökosteuer** für energieintensive Unternehmen soll abgebaut werden (1,5 Mrd. Euro ab 2012) - aber nur für Betriebe, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Doch fast alle betroffenen Betriebe stehen im internationalen Wettbewerb. Die Atomwirtschaft soll eine **Brennelementesteuer** zahlen (2,3 Mrd. Euro im Jahr) - aber vielleicht nur, wenn die Laufzeiten für die Atomkraftwerke verlängert werden und der Atomwirtschaft neue Milliardeneinnahmen bringen. Die geplante **Verteuerung von Flügen** (1 Mrd. Euro im Jahr) ist richtig. Ein ökologisches Gesamtkonzept mit einer Stärkung der klimafreundlichen Bahn gegenüber dem Luftverkehr fehlt jedoch. **Die Bahn wird sogar geschwächt**, indem sie pro Jahr 500 Mio. Euro Gewinn abführen soll. Die Maßnahme führt zu steigenden Bahnpreisen und macht die Bahn unattraktiver.

Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro

Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

Persönlich gesehen...

Liebe Genossinnen und Genossen, wie einige von Euch bereits wissen, bin ich in dieser Legislaturperiode vom Familien- in den **Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages** gewechselt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um die künftige Richtung der Gesundheitspolitik erweist sich die Arbeit dort als sehr spannend. Ich habe in der SPD-Arbeitsgruppe Gesundheit die Berichterstattung für die **Themen Drogen & Sucht, Prävention sowie Europapolitik** übernommen. Außerdem beschäftige ich mich in der Arbeitsgruppe mit dem **Thema Kuren bzw. Kurorte und Rehabilitation**. Geblieben ist mein **Arbeitsschwerpunkt Menschenrechte**. Speziell das Thema Afghanistan beschäftigt mich hier auch als neue Co-Vorsitzende der SPD-Task Force Afghanistan - Pakistan, mit der wir auf die Positionierung der Fraktionsführung einwirken.

Gerne stehe ich Euch auch speziell für die genannten Themen als Ansprechpartnerin sowie Referentin, z.B. für Fachgespräche, Besuche und Austausch mit Institutionen vor Ort (z.B. Beratungsstellen und Präventionsprojekte) zur Verfügung.

Ein wirklicher Krimi war die Bundespräsidentenwahl. Kaum jemand hatte angesichts des massiven Vorsprungs von Schwarz-Gelb in der Bundesversammlung **mit drei Wahlgängen** gerechnet.

Mit **Joachim Gauck** hatten wir nicht nur den besseren Kandidaten sondern auch den Kandidaten, den die Mehrheit der Bevölkerung wollte. Es ist schade, dass es am Ende nicht gereicht hat. Dennoch war allein seine Kandidatur ein großer Erfolg auch für die Demokratie.

Es spricht Bände, dass im ersten Wahlgang über 40 Wahlmänner und -frauen aus den Reihen von Schwarz-Gelb Gauck gewählt haben. Hätte die **Linkspartei** ebenfalls Gauck unterstützt, hätte dieser den ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewonnen und wäre jetzt Bundespräsident! Schwarz-Gelb sollte insofern Blumen an die Linkspartei als Dankeschön schicken...

Wir können nun nur hoffen, dass **Christian Wulff** es schafft, ein wirklicher Bundespräsident zu werden und nicht innerlich stellvertretender CDU-Vorsitzender bleibt.

Eure Angelika

**MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM
JULI & AUGUST 2010**

| | |
|------------------|--|
| 05.07.bis 09.07. | Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin |
| 10.07. 19.00 | Sommerfest Human Rights Watch, München |
| 11.07.bis 13.07. | Delegationsreise Menschenrechtsausschuss nach Frankreich |
| 14.07. 11.00 | Besuchergruppen aus Stephanskirchen & Bruckmühl in Berlin |
| 15.07. | Europa-Vortrag und Diskussion bei Real- + Berufsschule Wasserburg |
| 16.07. | Europa-Vortrag und Diskussion bei Volksschule Neubuern |
| 16.07. 19.30 | Vorstand BayernSPD in Landshut |
| 17.07. 11.00 | Landesparteitag der BayernSPD in Landshut |
| 18.07. 11.00 | SPD-Kinderfest in Rott am Inn (Ausweichtermin: 25.7.2010) |
| 18.07. 14.00 | 30 Jahre DLRG in Bad Aibling |
| 19.07. | Übergabe der „Klimakiste“, Realschule Prien |
| 20.07. 16.00 | Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern, München |
| 20.07. 19.00 | Afghanistan-Vortrag für SPD M.-Land in München, Hofbräuhaus am Patzl |
| 21.07. | Europa-Vortrag und Diskussion Ignaz-Günther-Gymnasium, Rosenheim |
| 21.07. 19.30 | AsF-Sommertheater, TAM-Ost, Rosenheim |
| 22.07. 10.45 | Landesvorstand AG 60 plus in Nürnberg |
| 22.07. 20.00 | Afghanistan-Vortrag bei Soroptimistinnen in Prien, Fischer am See |
| 23.07. 11.30 | Abschlussfeier Berufsschule II, Rosenheim |
| 24.07. 10.00 | SPD-Bezirksparteitag in Pfaffenhofen |
| 26.07. | Europa-Vortrag und Diskussion bei Hauptschule Feldkirchen-Westerham |
| 27.07. | Europa-Vortrag und Diskussion bei Gymnasium Raubling |
| 28.07. 17.00 | Stadtrat, Rosenheim |
| 29.07.bis 29.08. | Urlaub! |